

VORWORT

Liebe Eltern,
liebe Leser dieser Nachrichten aus dem Bundeselternrat,

in der letzten Ausgabe unseres Informationsbriefes Ende letzten Jahres haben wir über den PISA-Vergleich der deutschen Bundesländer berichtet. Eine der erschreckenden Erkenntnisse war, dass sich die soziale Schere immer weiter öffnet. Alle Bildungsministerinnen und -minister waren sich einig: Wir müssen alles tun, um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit herzustellen.

Nach der Kabinettsklausur der Bundesregierung verkündete Familienministerin von der Leyen: Die Kinderbetreuungskosten sollen steuerlich berücksichtigt werden – zum Vorteil all derer, die (gut) verdienen. Ausgeschlossen von diesem Geschenk sind die Alleinerziehenden, die Familien, in denen nur ein Partner berufstätig ist, und alle, die arbeitslos sind oder aus anderen Gründen keine Steuern zahlen. Dem Bundeselternrat ist es gelungen, die Verantwortlichen wachzurütteln und auf diese Ungerechtigkeit hinzuweisen.

Ein anderer Schnellschuss: Ein Ministerpräsident will sich profilieren, indem er die Verschiebung des Unterrichtsbeginns auf 9:00 Uhr fordert. Es ist sicher für viele schön, ausschlafen und in Ruhe gemeinsam frühstücken zu können. Was aber ist mit den Kindern, deren Eltern bereits um 7:00 Uhr oder um 8:00 Uhr in ihrer Arbeitsstelle sein müssen?

Ein drittes Beispiel: In Brandenburg wird zurzeit die 16. (!) Novellierung des Schulgesetzes seit der Wende durchgepeitscht. Dabei wissen alle: Pädagogik ist ein Prozess, der Zeit und Ruhe braucht, vor allem aber gründliches Nachdenken.

Wir müssen es uns als Gesellschaft endlich einmal leisten, ein Gesamtkonzept von Erziehung und Bildung zu bedenken, Bildungsfinanzierung vom Anfang bis zum Ende durchzudenken. Wenn wir eine kinderfreundliche und zukunfts offene Gesellschaft gestalten wollen, brauchen wir das gemeinsame Gespräch, den offenen Diskurs, und dürfen nicht in hektische Einzelaktivitäten verfallen. Unsere Kinder sind uns als Versuchskaninchen zu schade – aber sie müssen Zeit, Raum und Gelegenheiten zum Experimentieren, zum neugierigen Forschen und Lernen bekommen.

Mein Wunsch ist es, dass wir auf diesem Weg in diesem Jahr ein gutes Stück weiter kommen!

Mit hoffnungsvollen Grüßen
Wilfried W. Steinert
Vorsitzender

Die Nachrichten aus dem BundesElternRat, die **BER-NEWS**, können abonniert werden: einfach eine E-Mail an BER-News@t-online.de

Hinweis:

Vom 20. bis zum 24. Februar 2006 findet in Hannover die Bildungsmesse didacta statt. Der Bundeselternrat und der Landeselternrat Niedersachsen werden mit einem gemeinsamen Stand vertreten sein. Verbilligte Eintrittskarten zum Preis von 4,50 Euro können in der Geschäftsstelle des Bundeselternrats bestellt werden.

INHALT

1. [Bericht über die Herbstplenartagung „Demokratie leben und lernen – die Schule der Zukunft gemeinsam gestalten“](#)
 - a) [Zwei Ansätze für die Evaluation der eigenen Schule](#)

- [b\) Verantwortung lernen in einer demokratischen Schule](#)
- [c\) Wege zu einer familienfreundlichen Schule](#)
- [d\) Vorstellung des Schülerwettbewerbs „Jugend debattiert“](#)
- [e\) Die themenbezogenen Arbeitsgruppen](#)
- [2. Plattform Ernährung und Bewegung](#)
 - [Forum Prävention von Übergewicht in sozialen Risikogruppen](#)
- [3. Termine für 2006](#)
- [4. Informationen aus dem Internet](#)
- [Impressum](#)

1. BERICHT ÜBER DIE HERBSTPLENARTAGUNG „DEMOKRATIE LEBEN UND LERNEN – DIE SCHULE DER ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN“

Die diesjährige Herbstplenartagung fand in Bad Hersfeld statt, vom 11. bis zum 13. November. Um dem Titel der Tagung gerecht zu werden, standen diesmal weniger die üblichen Fachvorträge im Mittelpunkt, sondern die Zusammenarbeit zwischen Eltern- und Schülervertretern in themenbezogenen Workshops. Die Ergebnisse wurden nicht nur in der einstimmig verabschiedeten Erklärung (<http://www.bundeselternrat.de/stellungnahme/BSK-BER-Stellungnahme.pdf>), sondern auch in den bleibenden Eindrücken des lebendigen Austausches festgehalten.

In diesem Tagungsbericht werden die Präsentationen und Vorträge kurz zusammengefasst und Hinweise für weiterführende Informationen gegeben.

a) Zwei Ansätze für die Evaluation der eigenen Schule

Zwei verschiedene Methoden für die Evaluation einer Schule wurde vorgestellt. Die erste war das Steuerungsinstrument SEIS (Selbstevaluation in Schulen) der Bertelsmannstiftung, die zweite der Aufbau einer Feedback-Kultur an Schulen. Beide Methoden haben ihre Vor- und Nachteile. SEIS bietet wegen der hohen und immer noch wachsenden Teilnehmerzahl viele Möglichkeiten, die eigene Schule mit anderen zu vergleichen. Eine Feedback-Kultur hingegen kann auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Schule zugeschnitten werden und so Besonderheiten besser berücksichtigen. Ferner ist eine Feedback-Kultur gut geeignet, Eltern zu aktivieren. Beide Programme haben gemeinsam, dass sie die Kommunikation zwischen allen an der Schule beteiligten Gruppen fördern.

Stefanie Uhlmann, Referentin der Bertelsmannstiftung, stellte SEIS vor. Ziel dieses Instruments ist die Qualitätsverbesserung, ein Prozess, der in vier Phasen gegliedert ist:

1. Vorstellung des Qualitätsverständnisses, oder „Was ist eine gute Schule?“
2. Befragung aller an der Schule Beteiligten, ob die Schule gut ist
3. Auswertung der Befragungsergebnisse
4. Maßnahmen für die weitere Entwicklung der Schule anhand der Befragungsergebnisse

1. Das Qualitätsverständnis

Ein Vorläuferprojekt der Bertelsmannstiftung, das INIS-Projekt, hatte Qualitätsmerkmale einer guten Schule herausgearbeitet. Diese sind hierarchisch aufgebaut. Zunächst gibt es fünf Dimensionen: (Bildungs- und Erziehungsauftrag, Lernen und Lehren, Führung und Management, Schulklima und Schulkultur, Zufriedenheit. Diese Dimensionen sind in mehrere Kriterien unterteilt, und diese wiederum werden durch mehrere Indikatoren konkretisiert. Die Indikatoren sollen zeigen, in wie weit ein Kriterium erfüllt wird. Deshalb bilden sie die Grundlage für den Fragebogen.

2. Die Befragung

Schüler, Eltern, Lehrer, andere schulische Mitarbeiter und Ausbilder an Berufsschulen werden befragt. Die Fragebögen können online oder auf Papier ausgefüllt werden. Jede Gruppe enthält einen anderen Fragebogen, alle Fragebögen jedoch fragen danach, inwieweit die Qualitätsindikatoren erfüllt werden.

3. Die Auswertung

Die Bertelmannstiftung übernimmt die Auswertung der Fragebögen und fasst die Ergebnisse in einem Schulbericht zusammen. Mehrere Vergleichsmöglichkeiten sind vorhanden: zunächst zwischen den teilnehmenden Gruppen innerhalb der Schule (z.B. Lehrkräfte und Eltern), um Wahrnehmungsunterschiede sichtbar zu machen; darüber hinaus ist ein Vergleich mit anderen teilnehmenden Schulen möglich, z.B. innerhalb derselben Stadt oder einer Schulform. So könnte sich ein Gymnasium z.B. mit anderen Gymnasien der Stadt/des Kreises, des Landes oder anderer Bundesländer vergleichen.

4. Weitere Maßnahmen

Die Schulleitung erhält den Schulbericht, der Eigentum der Schule ist. Das heißt, das zuständige Schulamt darf die Daten nicht einfordern. Es besteht jedoch keine Verpflichtung seitens der Schulleitung, die Ergebnisse schulintern bekannt zu machen. Natürlich ist es sinnvoll für die weitere Schulentwicklung, wenn alle Beteiligten die Stärken und Schwächen der Schule kennen, so dass sie gemeinsam die Schule verbessern können. Idealerweise sollen Maßnahmen entwickelt werden, die die Stärken einsetzen, um die Schwächen abzubauen. Die weitere Entwicklung der Schule bleibt Aufgabe der Schulleitung.

Nach einiger Zeit kann die Evaluation wiederholt werden, um Fortschritte zu kontrollieren.

Weitere Einzelheiten zu SEIS finden Sie hier: <http://www.das-macht-schule.de/>

Feedback-Kultur als Strategie der Veränderung: ein Erfahrungsbericht

In einem unterhaltsamen Vortrag stellte die Unternehmensberaterin Dagmar Schreiber eine Evaluationsmethode vor, die schon in sieben brandenburgischen Schulen läuft. Kern ist ein Fragebogen, in dem die Teilnehmer die Arbeit und Kompetenz der Lehrkräfte, der Schulleitung und der Schule selbst einschätzen sollen. Eine Auswertung erfolgt über das Internet, nur die Teilnehmer haben Zugang zu den Ergebnissen.

Bevor eine Schule mit dem Verfahren beginnen kann, sind einige Grundsätze zu beachten:

- Die Wirksamkeit von Feedback wird von Vertrauen bestimmt. Wo Misstrauen herrscht, wird Kritik nicht ernst genommen.
- Feedback muss anonym, freiwillig, realistisch und konkret sein. Es darf nicht verletzen.

Wenn eine Schule sich für diese Form der Evaluation entscheidet, ist es der erste Schritt, einen Fragenkatalog zu entwickeln. Je nach Zielgruppe variieren die Fragen. Es können Schüler nach der Unterrichtsqualität befragt werden, Lehrkräfte nach der Führungsqualität der Schulleitung und alle, einschließlich Eltern, nach der Schulkultur. Dieser Prozess kann viel Zeit in Anspruch nehmen, da es nicht praktikabel ist, zu viele Fragen zu stellen (maximal 18 sind zu empfehlen). Unter allen möglichen Fragen die wesentlichen zu identifizieren ist nicht über Nacht möglich.

Die Fragebögen werden online ausgefüllt und ausgewertet. Die Ergebnisse werden in einer kleinen Runde unter Aufsicht eines ausgebildeten Moderators vorgestellt. So kann gesichert werden, dass Lehrkräfte die Wahrnehmung ihrer Schülerinnen und Schüler ernst nehmen.

Abgestimmte Maßnahmen werden eingeführt, mit denen die Probleme behoben werden sollen. Beispiele für solche Maßnahmen sind: neue, klarere Regeln; der Klassenrat; gemeinsame pädagogische Grundsätze; Jahrgangsteams der Lehrer und bedarfsgerechte Lehrerfortbildung.

Der Nutzen des Verfahrens ist nicht nur an den Maßnahmen abzulesen, sondern hat weitere Nebenwirkungen für die Beteiligten:

- Schülerinnen und Schüler werden ernst genommen und lernen, Verantwortung zu übernehmen.
- Lehrkräfte und Schulleitung erfahren, wie ihr Verhalten wahrgenommen wird.
- Eltern werden angeregt, mehr über die Schule nachzudenken.

An manchen Schulen hat das Verfahren zu einem neuen Verständnis über das, was Eltern in der Schule tun können, geführt. Anhand einer Elternbefragung wird eine Datenbank mit Angeboten und Fähigkeiten der Eltern aufgebaut. Diese gehen weit über das traditionelle Kuchenbacken hinaus und umfassen Sach- und Fachwissen, handwerkliche Fertigkeiten, EDV-Kenntnisse Begleitung bei Ausflügen und vieles mehr. Ein Beispiel für einen solchen Erhebungsbogen finden Sie unter: http://www.net-anschluss.de/schulen/download/Erhebungsbogen_ElternDB.pdf und allgemeine Informationen zu Feedback in der Schule unter

b) Verantwortung lernen in einer demokratischen Schule

Dr. Dr. hc Edelstein, Direktor emeritus am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin

In Edelsteins umfassendem Vortrag ging es um die Frage, ob in der Schule – wo ja für das Leben gelernt wird – auch die Übernahme von Verantwortung gelernt wird, oder anders ausgedrückt: „Ist die Schule eine verantwortungspädagogische Einrichtung?“ Nach einer Beschreibung der wachsenden Bedeutung der individuellen Befähigung zur Verantwortungsübernahme schilderte Edelstein was die traditionelle Schule daran hindert und präsentierte zehn Beispiele für die Neugestaltung des Unterrichts nach Prinzipien der demokratischen Pädagogik.

Am Rande seines Vortrags machte Dr. Edelstein auf die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) aufmerksam. Ein Leitziel dieser Gesellschaft ist es, „demokratische Lebensformen an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen bundesweit zu entwickeln und entsprechende Anliegen und Schritte zu unterstützen“. Die Gesellschaft ist noch im Aufbau und wirbt um Mitglieder und Verbündete. Weitere Informationen unter <http://www.degede.de/>

Ausgangspunkt für Edelsteins Ausführungen waren drei wohlbekannte gesellschaftliche Veränderungen:

- die Globalisierung, die Menschen und Gesellschaften weltweit vernetzt – zum Vorteil wie zum Nachteil,
- die Individualisierung, die zum Wegfall bekannten Strukturen, Beziehungen und Lebenslaufmuster führt, und
- der Rückzug staatlicher Akteure aus der Zivilgesellschaft zugunsten lokal handelnder individueller Akteure.

In der veränderten Gesellschaft von morgen werden Arbeitnehmer gesucht, die selbständig und kompetent ihre Tätigkeiten ausführen können. Deshalb muss die Jugend von heute nicht nur diese Handlungsweisen lernen, sondern - weil der Staat sich zurückzieht - auch eigenverantwortlich für ihr persönliches Wohlergehen sorgen. Während vertraute Anhaltspunkte wegfallen, wird das Für-sich-selbst-Sorgen“ zunehmend bedeuten, selbstwirksam und verantwortlich zu handeln.

Inwieweit wird ein solches Verhalten in der Schule gelernt? Edelstein meint: in vielen Schulen kaum. Ein Hindernis ist die hierarchische, autoritätsgeleitete Organisation. Wie können Kinder und Jugendliche lernen, die Verantwortung für ihre eigenen Aktionen zu übernehmen, wenn sie nicht verantwortlich handeln dürfen? Dagegen setzt er zwei Beispiele für die Institutionalisierung der gemeinsamen Verantwortung an der Schule:

1. den Klassenrat, der „aus passiven Untertanen aktiv handelnde Akteure“ macht, und
2. Mediation oder Streitschlichtung anstelle starrer, oft als ungerecht empfundener Regeln, beim Lösen von Konflikten.

Solche Strukturen gibt es schon an vielen Schulen, die trotzdem nicht als demokratisch oder verantwortungsfördernd bezeichnet werden können. Der Grund dafür ist, dass *der Unterricht* von der gemeinsamen Verantwortung ausgeschlossen ist. Eine gerechte Teilhabe an der Gestaltung des Unterrichts innerhalb des „Panzer Stundenplan“ ist ausgesprochen schwer. Ganztagschulen sind eine Möglichkeit, mehr Zeit für demokratische Innovationen zu schaffen, aber sie werden nicht überall eingerichtet, und mehr Zeit allein ist keine Lösung - es kommt auf den Umgang mit ihr an. Deshalb schlägt Edelstein didaktische Wege vor, wie die aktive Verantwortung für das Lernen auf Schülerinnen und Schüler zu übertragen wäre. An Stelle von Frontalunterricht, der sehr anstrengend und damit eine häufige Ursache von Frühpensionierung der Lehrer ist, sollen Schülerinnen und Schüler einbezogen werden und eigenständig handeln.

Zehn konkrete Beispiele für eine neue Unterrichtsgestaltung sind:

1. Auswahl der Unterrichtsthemen begründen. Kinder und Jugendliche sollen wissen, *warum* sie etwas lernen sollen –nicht nur, weil es im Lehrplan steht.

2. Gruppenarbeit fordern. Durch eine gemischte Zusammensetzung der Gruppen lernen die Kinder und Jugendlichen von- und miteinander.
3. Ein fehlertolerantes Unterrichtsklima schaffen. Fehler zu machen ist ein wesentlicher Bestandteil des Lernprozesses und darf nicht als Misserfolg definiert werden, sondern als Hinweis für das weitere Lernen.
4. Die Trennung der Arbeitssituation von der Beurteilungssituation, um Lernen ohne Angst vor einer Beurteilung zu ermöglichen. Dies bedeutet die Abschaffung der Klassenarbeit als Grundlage der Beurteilung.
5. Einführung einer multikriterialen Bewertung von Lernprozessen, d.h. viele Aspekte der Leistung und des Lernens bei der Beurteilung berücksichtigen. Das Verfahren soll jedoch transparent bleiben, so dass Schüler nachvollziehbare Erklärungen erhalten, wenn sie es hinterfragen..
6. Lernprozesse in unterschiedlichen Lerngruppen mit unterschiedlichen Aufgaben unterschiedlicher Dauer organisieren. In Schweden werden Vereinbarungen mit solchen Gruppen abgeschlossen und die Leistung der gesamten Gruppe bildet die Grundlage für die einzelne Bewertung.
7. Lernportfolios anlegen, um die eigene Leistung in Laufe der Zeit zu beurteilen.
8. Themenspezifische und themenübergreifende Projekte in der Jahresplanung fest verankern. Projekte sind der „Königsweg, verantwortlich zu lernen“ und sollen nicht nur nach Belieben stattfinden. Um den Lerneffekt zu erhöhen, soll Zeit für Reflektion und Evaluation eingeplant sein.
9. Diskursive Verfahren anwenden, d.h. Aufgaben stellen, für die es keine festgelegte Lösung gibt. Die Lösung wird durch Zusammenarbeit (Diskussion, Revision usw.) gemeinsam erarbeitet. Es gibt viele Beispiele aus dem Bereich des Theaterspielens und des Tanzens, z.B. der Film „Rhythm is it!“
10. Ältere Schülerinnen und Schüler als Tutoren und Mentoren für jüngere einsetzen. Wenn solche Beziehungen durch Vereinbarungen festgelegt werden, führt das zu einer Institutionalisierung der Verantwortungsübernahme und der Kooperationsverhältnisse innerhalb der Schule.

Edelstein fordert ein Umdenken in der Unterrichtsgestaltung. In seinen Augen ist das größte Hindernis zur Veränderung die traditionelle Lehrerbildung, die den Unterricht als Kerngeschäft der Schule ansieht und nicht die Forderung nach und die Förderung von Lernprozessen. Deshalb ist Fortbildung für ihn unabdingbar. Doch gehört die Neuorganisation der Schule auch dazu: Die eigenverantwortlich Schule baut auf Kooperation auf – zwischen Schülern, Lehrern und Eltern. Hier gibt es auch Fortbildungs- und Entlastungsbedarfs, vor allem für Schulleiterinnen und Schulleiter.

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)

c) Wege zu einer familienfreundlichen Schule

Rainer Pröbß, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe

Pröbß berichtete über das Projekt „Neue Wege zur Erziehungspartnerschaft: Die familienfreundliche Schule“, das im Rahmen des Lokalen Bündnisses für Familie in Nürnberg seit 2003 läuft. Ziel ist die Verbesserung der Kooperation zwischen Schule und Elternhaus, um die traditionelle Trennung zwischen Erziehung, Bildung und Betreuung abzubauen und so das Erwachsenwerden von Kindern und Jugendlichen von beiden Seiten optimal zu fordern.

Der erste Schritt war die Einberufung eines Runden Tisches von Eltern, Schülern, Lehrern und Vertretern der Schulbehörde. Dessen Arbeit gipfelte im Entwurf der „Bausteine für eine familienfreundlichen Schule“, der in November 2003 einer Fachkonferenz vorgestellt wurde. Inzwischen wurde der überarbeitete Entwurf an allen Schulen in Nürnberg verteilt. Die Bausteine umfassen drei Hauptthemen:

1. Wege zur Erziehungspartnerschaft zwischen Elternhaus und Schule durch Teilhabe und Mitsprache der Eltern. Vorgestellt werden Hinweise für das Ansprechen und Einbeziehen von Eltern, um den Kontakt zu den Lehrkräften auf vertrauensvoller Basis aufzubauen.

2. Übergänge als Schlüsselsituation. Ein guter Anfang in der Grundschule oder der weiterführenden Schule stellt die Weichen für den weiteren Schulerfolg. Die Übergänge sollen nicht dem Zufall überlassen, sondern aktiv gestaltet werden. Wichtig ist die Kooperation zwischen Schule und Kita oder zwischen Schulen verschiedener Stufen.
3. Öffnung der Schule zum Stadtteil durch verstärkten Kooperation z.B. mit Vereinen, Polizei, Religionsgemeinschaften, Bewohnern usw.

Wie die einzelnen Schulen diese Ideen umsetzen, ist offen. Die Bausteine bilden eine Grundlage für die Weiterarbeit, lassen jedoch Freiraum für die Schwerpunktsetzung unter Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten. Das Programm ist sehr flexibel und läuft inzwischen an 30 bis 40 Schulen in Nürnberg.

Für mehr Information siehe: http://www.bff-nbg.de/index_1.html
Die „Bausteine für eine familienfreundliche Schule“ sind dort zu finden.

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)

d) Vorstellung des Schülerwettbewerbs „Jugend debattiert“

Ansgar Kammann, Hertie-Stiftung

Nach einer kurzen Vorstellung der Vielfalt bundesweiter Wettbewerbe und solcher, die demokratisches Handeln besonders fordern, stellte Kammann den relativ neuen Wettbewerb „Jugend debattiert“ vor. Es folgte eine lebendige Diskussion über die Partizipationsmöglichkeiten der Jugendlichen verschiedener Schulformen.

Seit vierzig Jahren gibt es bundesweite Schülerwettbewerbe wie z.B. Jugend forscht oder Jugend musiziert. Inzwischen gibt es über 300. Viele Beispiele sind auf <http://www.bundeswettbewerbe.de/> zu finden (siehe auch den Bericht in BER-News 1). Unter den neuesten ist der vor drei Jahren gegründete Wettbewerb „Jugend debattiert“.

Der Wettbewerb ist für Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse geeignet. Im letzten Durchlauf gab es fast 40.000 Teilnehmer an über 400 Schulen, wobei 50 Prozent Gymnasien waren und nur sechs Prozent Hauptschulen. Um am Wettbewerb teilnehmen zu können, müssen die Schülerinnen und Schüler trainiert werden (und ihre Lehrer auch!). Häufig sind es Deutsch- oder Politiklehrer, die den Wettbewerb an die Schule holen, und dann üben sie das Debattieren im Unterricht. Hier liegt nach Kammann das große Nutzen des Wettbewerbs: Einerseits wird der Unterricht neu gestaltet und andererseits lernen oder verbessern die Schülerinnen und Schüler rhetorische Fähigkeiten wie z.B. ihre Gedanken auf den Punkt zu bringen, in begrenzter Zeit die eigene Meinung zu sagen oder das aktive Zuhören. Ferner berichten manche Schulen über eine positive Auswirkung auf die Klassengemeinschaft.

Der Wettbewerb findet auf fünf Stufen statt. Zunächst wird er in der Klasse ausgetragen, dann in der Schule, dann in einem regional Schulverband und schließlich auf Landes- und Bundesebene. Die Sieger werden für die nächste Runde trainiert, so dass die Landes- und Bundesfinalisten mehrtägige Trainings mit professionellen Trainern absolviert haben.

An jeder Debatte nehmen vier Schülerinnen und Schüler teil. Zwei sind für das vorgegebene Thema und zwei dagegen. Eine Debatte besteht aus drei Runden:

- Eröffnungsrunde, in der jeder zwei Minute Zeit hat, um seine Position darzustellen
- Die freie Aussprache folgt direkt im Anschluss und dauert zwölf Minuten. Hier dürfen die Teilnehmer in beliebiger Reihenfolge reden, auf die Argumente der anderen eingehen und versuchen, sie von der eigenen Position zu überzeugen.
- In der Schlussrunde hat jeder eine Minute, um entweder auf seiner Position zu beharren oder, die Gründe für seine Meinungsänderung zu erläutern.

Die Bewertung wird von einer für den Wettbewerb ausgebildeten Jury vorgenommen. Diese achtet auf vier Kriterien: Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft. In den

ersten Runden besteht die Jury häufig nur aus Lehrkräften. Für den Schulverband und aufwärts werden andere Leute gefragt, z.B. Elternvertreter und Geschäftsleute.

In der Diskussion wurde befürchtet, dass Schülerinnen und Schüler der Haupt- und Förderschulen nicht die gleichen Gewinnchancen wie Gymnasiasten hätten. Dazu sagte Kammann, dass noch keine Förderschulen am Wettbewerb teilgenommen hätten. Die Hertie-Stiftung hat dort für die Teilnahme nicht geworben, was einige Elternvertreter heftig kritisierten. Kammann will diese Kritik weitergeben, so dass vielleicht nächstes Jahr der Teilnehmerkreis vergrößert werden kann. Er betonte jedoch, dass der Wettbewerb noch sehr neu sei und dass die Schulen sich freiwillig melden können. Zweitens wurde bemängelt, dass Hauptschülerinnen und Hauptschüler in vielen Bundesländern ihren Abschluss schon in der 9. Klasse machen. Sie hätten dann wenig Zeit, um an einem solchen Wettbewerb teilzunehmen. Drittens wurde ein Vorteil für Gymnasiasten vermutet, da sie ab der 5. Klasse solche Diskussionsformen schon lernen. Eigentlich richten sich diese Einwände nicht nur gegen den Wettbewerb, sondern gegen das gegliederte Schulsystem. Kammann unterstrich, dass es nicht nur um den Sieg gehe, sondern dass das Training viele Vorteile bringe, z.B. für Bewerbungsgespräche. Außerdem gibt es durchaus Haupt- und Berufsschüler, die bis ins Bundesfinale gekommen sind. Man solle diese Schüler nicht unterschätzen.

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)

e) Die themenbezogenen Arbeitsgruppen

Nach den Vorträgen teilten sich die Eltern- und Schülervvertreter in Arbeitsgruppen auf. Ziel der Gruppen war die Erarbeitung von Empfehlungen zu ihrem spezifischen Thema, die in die Tagungsresolution einfließen sollten. Insgesamt gab es fünf Arbeitsgruppen:

- Veränderung des Unterrichts
- Lernen in Projekten
- Schule als Demokratie
- Schule in der Demokratie
- Qualitätssicherung durch Evaluation

Der Nutzen der Arbeitsgruppen war für die Teilnehmer sehr groß. Zunächst boten sie die Möglichkeit, sich unmittelbar nach den Vorträgen über diese auszutauschen und das Gelernte sofort anzuwenden. Zweitens konnten die Teilnehmer durch den Austausch andere Sichtweisen kennen lernen und die eigene überprüfen.

Aus den großen Gruppen wurden kleinere gebildet, um konkrete Vorschläge für die Resolution zu erarbeiten. Damit waren die Teilnehmer gefordert, selber aktiv zu werden und über die Stärken und Schwächen ihrer und anderer Meinungen zu reflektieren. Wie immer mit solch einer Arbeitsweise war die Zeit zu knapp, um alles befriedigend auszudiskutieren, aber die gute Leitung der Gruppen garantierte, dass brauchbare Ergebnisse entstanden.

Das Endergebnis war nicht, wie eigentlich geplant, eine Resolution, sondern eine gemeinsame Erklärung des Bundeselternrats und der Bundesschülerkonferenz. Sie wurde einstimmig verabschiedet, was wahrscheinlich auf die umfassende Beteiligung aller Delegierter zurückzuführen ist. Die Erklärung finden Sie hier: <http://www.bundeselternrat.de/stellungnahme/BSK-BER-Stellungnahme.pdf>

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)

2. PLATTFORM ERNÄHRUNG UND BEWEGUNG

Der Bundeselternrat ist eines der Gründungsmitglieder der Plattform Ernährung und Bewegung e.V. (peb e.V.). Ziel der Plattform ist es, sich für eine gesunde Lebensführung von Kindern und

Jugendlichen einzusetzen und so dem Übergewicht vorzubeugen. Anlässlich der offiziellen Eröffnung der Geschäftsstelle am 28. November 2005 in Berlin wird hier über den Hintergrund und die Arbeit der Plattform berichtet.

Der Verein wurde offiziell am 8. September 2004 gegründet. Dieser Akt markierte das Ende einer langen Planungsphase, in der diverse Verbände, Organisationen und Regierungsvertreter eine gemeinsame Strategie suchten, um etwas gegen die wachsende Zahl von übergewichtigen Kindern und Jugendlichen zu unternehmen. Die kurz- und langfristigen gesundheitlichen Schäden sowie verminderte Lebenschancen und geringere Lebensqualität durch Übergewicht sind ein wachsendes Problem für die gesamte Gesellschaft. Deshalb versucht die Initiative, die Arbeit von möglichst vielen gesellschaftlichen Kräften zu bündeln. Die Gründungsmitglieder sind:

- Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) (www.verbraucherministerium.de)
- Lebensmittelwirtschaft, vertreten durch den Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL) (www.bll.de)
- Centrale Marketing-Gesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft (CMA) (www.cma.de)
- Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ) (www.dgkj.de)
- Bundeselternrat (BER) (www.bundeselternrat.de)
- Deutscher Sportbund/Deutsche Sportjugend (DSB/DSJ) (www.dsb.de)
- Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenkassen, vertreten durch den Bundesverband der Innungskrankenkassen (IKK) (www.g-k-v.com)
- Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) (www.ngg.net)

Inzwischen hat die Plattform 89 Mitglieder aus den Bereichen der Lebensmittelwirtschaft, der Wissenschaft, Verbänden der Gesundheitsberufe Initiativen und Einzelpersonen. Sie will die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Mitglieder fördern und hat hierzu vier Aktionsfelder festgelegt:

- Ursachen von Übergewicht klären und eine gute Praxis entwickeln
- Wissen vermitteln und Akteure qualifizieren
- neue Ansätze erproben
- Öffentlichkeit informieren und die Plattformarbeit verbreiten

Ein zentrales Anliegen der Plattform ist die positive Darstellung von gesunder Ernährung und Bewegung als Spaßmacher. Kinder, Jugendliche und ihre Familien sollen in ihrer Kompetenz und Entscheidungsfähigkeit zugunsten eines gesunden Lebensstils gestärkt und nicht durch Angst, Verteufelung und Verbote eingeschüchtert werden.

Inzwischen gibt es eine Vielzahl spannender Projekte in Schulen und Kindertagesstätten, die Kinder und Jugendliche begeistern, siehe <http://www.ernaehrung-und-bewegung.de/>

Forum Prävention von Übergewicht in sozialen Risikogruppen

Am 8. und 9. Dezember lud die peb Experten aus Wissenschaft und Praxis zu einem Workshop ein. Ziel war es, Antworten auf die Frage „Wie können Kinder und Eltern aus Risikogruppen für die Entwicklung von Maßnahmen gegen Übergewicht angesprochen werden?“ zu finden. Auch wenn Übergewicht in allen gesellschaftlichen Schichten zunimmt, sind Kinder und Jugendliche aus benachteiligten sozialen Schichten und aus Familien mit Migrationshintergrund doch am stärksten betroffen.

Im Workshop wurde sehr schnell deutlich, dass viele Faktoren auf verschiedenen Ebenen (das Individuum und seine Gene, die Familie und/oder die Peergroup und deren Werte, die Bewegungsmöglichkeiten in der nahen Wohnumgebung, die (nicht) besuchten Bildungs- und

Betreuungseinrichtungen) zur Entwicklung von Übergewicht beitragen. Deshalb müssen Präventionsstrategien auch mehrdimensional sein.

Fast alle Beteiligten waren der Meinung, dass Maßnahmen im Rahmen des sog. „Settingansatzes“ vorzuziehen sind. Ein Setting ist das Umfeld einer Gruppe von Personen, das Rahmenbedingungen für das Handeln setzt. Beispiele sind Kita und Schule, aber auch der Arbeitsplatz. Im Settingansatz wird die Zielgruppe in ihrem gewohnten Umfeld angesprochen, und dort werden auch die Angebote gemacht. In der Praxis wird versucht, z.B. durch Projekte in einer Kita, die Eltern zur Mitarbeit zu gewinnen. Solch ein Angebot ist „niederschwellig“, d.h. die Eltern müssen nicht von sich aus Rat oder Hilfe suchen, sondern das Angebot kommt zu ihnen. Es gibt in jedem Bundesland solche Projekte und immer mehr kommen dazu. Viele haben aber das Problem, dass sie trotz dieses Bemühens die Eltern nicht erreichen, die sie erreichen wollen.

Die Workshopteilnehmer schlugen auch Maßnahmen vor, die nicht nur auf das Individuum oder das Setting zielen, sondern auf die gesamte Bevölkerung. Vor allem die Medien spielen hier eine große Rolle, denn gerade für die sozial Benachteiligten ist das Fernsehen wichtig. Die Teilnehmer machten viele Vorschläge für die positive Darstellung gesunder Ernährung und Bewegung einschließlich der Formulierung einer einfachen, klaren Botschaft, die auf verschiedenen Ebenen (Kita, Schule, Fernsehen) zu vermitteln wäre.

Der Gesamteindruck aus dem Workshop war, dass es viele Initiativen, Projekte, Verbände und Einrichtungen gibt, die viel gute Arbeit leisten. Das Problem ist, die gesamte Erfahrung zusammenzufassen und für andere brauchbar zu machen. Dies bleibt eine Aufgabe für die Zukunft.

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)

3. TERMINE FÜR 2006

Es kommt immer wieder vor, dass Veranstaltungen der Elternvertreter in den Ländern gleichzeitig mit BER-Tagungen stattfinden, was die Teilnahme für die betreffenden Delegierten unmöglich macht. Deshalb stehen die Termine für 2006 seit Ende September auf der BER-Homepage. Hier noch einmal alle Termine:

Plenartagungen

Frühjahrsplenartagung: 19.-21. Mai 2006, Porta Westfalica

Eigenverantwortliche Schule: individuelle Förderung, Leistungsbewertung, Sitzenbleiben, Rhythmisierung des Unterrichts

Herbstplenartagung: 10.-12. November 2006, Bad Hersfeld

Langfristige, nachhaltige Bildung, lebenslanges Lernen

Ausschusstagungen

Gymnasien/Realschulen: 20.-22. Januar 2006, Bad Wannsee

Eigenverantwortliche Schule, individuelle Förderung

Grund-, Gesamt- und Sonderschulen: 17.-19. März 2006, Eisenach

Individuelle Begleitung und Förderung der Schüler in Flexklassen bzw. Integrationsklassen

Hauptschulen und berufliche Schulen: 16.-18. Juni 2006, Magdeburg

Außerschulische Partner; Übergang und individuelle Förderung in der Berufsausbildung

Hauptausschuss: 15.-17. September: Klausurtagung zur Planung 2007, Birkenwerder

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)

4. INFORMATIONEN AUS DEM INTERNET

Es ist immer wieder überraschend, wie viele Verbände, Initiativen und Organisationen usw. sich um Kinder, Jugendliche und Bildung kümmern und im Internet vertreten sind. Hier eine kurze Auswahl solcher Organisationen und ihre Veröffentlichungen:

Verbände

Aktuelle Informationen und Berichte sind bei bildungsklick.de zu finden. Die Seite veröffentlicht Pressemeldungen, einen eigenen Themendienst, einen Newsticker sowie einen Terminkalender zum Thema Bildung: <http://bildungsklick.de/>
Dieselben Anbieter stellen auch Medien zum Lernen (Bücher, Software, Hörbücher und Spiele) vor und bewertet sie: <http://lernklick.de/>

Der BER ist Mitglied im Deutschen Verkehrssicherheitsrat e. V. Die Aufgabe des Vereins ist die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Einzelheiten zum Programm „Kind und Verkehr“ unter <http://www.dvr.de/dvrseite.aspx?section=305&sub=1>

Das Bildungsbarometer ist eine Kooperation von 3sat und dem Zentrum für empirische pädagogische Forschung (zefp) der Universität Koblenz-Landau, die kurze Meinungsumfragen zu den Themen Bildung und Bildungspolitik über das Internet durchführt: <http://www.bildungsbarometer.de/>

Für alle, die neben ihrem Ehrenamt in der Elternvertretung auch in einem Schulförderverein tätig sind, gibt es ein Webportal: <http://www.schulfoerdervereine.de/main.asp>.

Die Initiative „Schau hin!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gibt Tipps und Hinweise zum Thema Mediennutzung und -erziehung: <http://www.schau-hin.info/>

Der Verband Anwalt des Kindes bietet Unterstützung bei familienrechtlichen Angelegenheiten: <http://www.v-a-k.de/>

Das Deutsche Kinderhilfswerk, das viele Projekte, Veranstaltungsreihen und Kampagnen organisiert: <http://www.dkhw.de/>

Das Kinderschutz-Zentrum ist schwerpunktmäßig eingerichtet als Beratungsstelle für Familien mit Gewaltproblemen, speziell bei körperlicher und seelischer Kindesmisshandlung, Kindesvernachlässigung und sexuellem Missbrauch. Ziel und Aufgabe des Kinderschutz-Zentrums ist es, Gewalt gegen Kinder, Kindesmisshandlung, Kindesvernachlässigung und sexuellen Missbrauch abzubauen, zu verhindern bzw. ihnen vorzubeugen. Homepage: <http://www.kinderschutz-zentren.org/index.html>

Informationsbriefe (Newsletter)

Bildung PLUS ist eine hervorragende Quelle für viele Informationsbedürfnisse. Die Homepage ist <http://bildungplus.forum-bildung.de/templates/index.php>. Der Newsletter kann hier abonniert werden: <http://bildungplus.forum-bildung.de/templates/newsletter.php>

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung verschickt u. a. Pressemitteilungen, einen monatlichen Newsletter und einen Newsletter zu Ganztagschulen: <http://www.bmbf.de/newsletter/?p=subscribe&id=2>

Der Bundesverband Legasthenie und Dyskalkulie (<http://www.bvl-legasthenie.de/>) gibt einen sehr informativen Newsletter heraus: <http://www.bvl-legasthenie.de/index.php?dreizehn=true&page=newsletter>

IMPRESSUM

Die BER-NEWS werden vom Bundeselternrat herausgegeben.
Bestellung unter BER-NEWS@t-online.de

Vorsitzender: Wilfried W. Steinert

Geschäftsstelle: Bundeselternrat
Albert-Buchmann-Straße 15
16515 Oranienburg
Postanschrift:
Postfach 10 01 21
16501 Oranienburg

Telefon 03301 57 55-37/-38
Telefax: 03301 57 55-39

E-Mail: Bundeselternrat@gmx.de
Bundeselternrat@lo-net.de
www.bundeselternrat.de

Verantwortliche Redakteurin: Dr. Katherine Bird
Fragen, Kommentare und Anregungen bitte an: BER-NEWS@t-online.de